

ne wochenlange Kampagne gegen das geistliche Oberhaupt Tibets und gegen den US-Kongreß vom Zaun zu brechen.

Inzwischen trat der Dalai-Lama erneut an die Öffentlichkeit und schlug vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 15. Juni 1988 eine Art Halbautonomie für Tibet vor. Als Oberhaupt der sechs Millionen Tibetaner sprach er den Wunsch aus, Tibet möge eine "sich selbst regierende demokratische politische Einheit werden, die auf gesetzlichen Grundlagen beruhe, welche vom tibetischen Volk gebilligt wurden". Allerdings solle die enge Anbindung an die VR China bestehen bleiben. China könne beispielsweise weiterhin die tibetische Außenpolitik tragen, während die eigentliche tibetische Regierung mit Hilfe eines eigenen Außenbüros zum Ausland Beziehungen auf wirtschaftlichem, erzieherischem, kulturellem, religiösem, touristischem, wissenschaftlichem, sportlichem und anderem nichtpolitischem Gebiet herstelle. Die tibetische Seite sei bereit, über Einzelheiten dieses Vorschlags mit China Gespräche zu führen. Außenpolitik gesteuert durch China, Innenpolitik gesteuert durch eine tibetische Lokalregierung - dies war bereits die Methode, nach der Tibet zwischen dem 18. Jht. und 1911 regiert wurde. Die tibetische Lokalpolitik solle durch ein Volksvertretungshaus aus zwei Kammern und durch eine von der Bevölkerung gewählte Regierung bestimmt werden. Außerdem solle ein unabhängiges Justizsystem aufgebaut werden. Er, der Dalai-Lama, wolle selbst nicht aktiv an dieser Regierung beteiligt sein. Gleichwohl wolle er mit allen Kräften für das Wohl des tibetischen Volkes arbeiten. (PTI, Press Trust of India in SWB, 17.6.88)

Der Dalai-Lama zeigte sich, wie aus seiner Straßburg-Rede hervorging, von der Wandlung der chinesischen Politik in Tibet durchaus beeindruckt. Bekanntlich war bereits 1980 unter der Führung des damaligen KP-Generalsekretärs Hu Yaobang eine Arbeitskonferenz über Tibet eingerichtet worden, die auch heute noch besteht und die sich inzwischen, unter ihrem neuen Vorsitzenden Zhao Ziyang, das Ziel gesetzt hat, den "Linksradikalismus" in Tibet auszumerzen. Mit "Linksradikalismus" sind alle Maßnahmen gemeint, die den autonomen Rechten des tibetischen Volkes entgegenwirken, sei es nun dem Gebrauch der tibetischen Sprache, der

Wiederbelebung oder Aufrechterhaltung der Sitten und Gebräuche und vor allem der Pflege der tibetischen Religion, die ja das Volk auf dem Dach der Welt in ganz spezifischer Weise geformt hat. Zum Exekutor dieser "antinken" Politik ist inzwischen Wu Jinghua ernannt worden, der im Jahre 1985 zum Sekretär des KPCh-Komitees von Tibet avancierte. Um seinen guten Willen und seine Bereitschaft zum Kampf gegen den "Linksradikalismus" zu demonstrieren, hat Wu inzwischen persönlich an mehreren buddhistischen Feierlichkeiten teilgenommen und erhielt dafür von seinen Gegnern den Spitznamen "Lama-Sekretär".

Ferner hat die Regierung in Beijing beschlossen, daß die Wirtschaft Tibets in Zukunft hauptsächlich von kollektiven und individuellen Wirtschaftseinheiten getragen werden solle, während das Staatseigentum in seiner Bedeutung herabzufahren sei. Kollektiv- und Privatbetriebe sollten sich hauptsächlich des Kontraktsystems bedienen, um auf diese Weise den Absatz des tibetischen Kunsthandwerks flexibler zu gestalten und bessere Gewinnmöglichkeiten sicherzustellen.

Gegner der Wu'schen Politik bedienen sich seitdem des "linken" Arguments, daß das Volkseigentum dem Kollektiveigentum überlegen sei und daß die neue Politik kapitalistischen Charakter trage. Hauptvertreter dieses Standpunkts sind Kader, die befürchten, durch die neue Rekollektivierungs- und Reprivatisierungspolitik ihre "eiserne Reisschale", d.h. ihre feste Anstellung, zu verlieren. (Ming Pao, Hongkong, 2.6.1988) Dieselben Personen führen den Ausbruch der Unruhen im Herbst 1987 und im März 1988 hauptsächlich darauf zurück, daß die neue Lokalregierung bei der Durchsetzung der religiösen und nationalistischen Autonomiepolitik zu weit gegangen sei.

Diese Veränderungen werden vom Dalai-Lama, wie gesagt, durchaus zur Kenntnis genommen und als "pragmatische und liberale" Schritte in die richtige Richtung bezeichnet. Beijing möge aber bitte noch einen Schritt weitergehen und die Bildung einer eigenen tibetischen Regierung zulassen. Nur so könne eine "eigene Identität" Tibets wiederhergestellt und die fundamentalen Rechte des tibetischen Volkes gesichert werden. Ferner solle Tibet

demilitarisiert und neutralisiert werden. Bis es soweit sei, könne eine chinesische Besatzung auf dem Dach der Welt bleiben, die allerdings nur über Verteidigungskapazitäten verfügen dürfe. (PTI, ebenda)

Die Reaktion Beijings auf diesen Vorschlag kam prompt. Die VR China lasse über alles mit sich verhandeln, nur nicht über die Unabhängigkeit Tibets, und zwar weder über die volle Unabhängigkeit, noch über eine Teilunabhängigkeit, noch eine kaschierte Unabhängigkeit. China könne auch nicht dulden, daß die Tibetfrage in eine internationale Frage umgewandelt werde. (XNA, 22.6.88, PTI in SWB, 24.6.88) Die wichtigsten Elemente des neuen Vorschlags (außenpolitische Vertretung Tibets durch China, Recht einstweiliger Truppenstationierung, Aushandlung eines chinesisch-tibetischen Assoziationsvertrags und Abhaltung einer regionalen Friedenskonferenz zur Neutralisierung und Entmilitarisierung des Landes) werden aber in der einen oder anderen Form in den nächsten Jahren vermutlich immer wieder auftauchen. -we-

Innenpolitik

*(8)

9. Sitzung des Politbüros des XIII. ZK: Bekräftigung der Notwendigkeit der Preisreform

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trat vom 30. Mai bis 1. Juni 1988 zu seiner 9. Sitzung zusammen und diskutierte den Stand der Wirtschaftsreformen und die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei ging es vor allem um die Preisreform und die damit zusammenhängenden Probleme, wie Preissteigerungen, Inflation und reale Einkommensverluste für einen Teil der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich das Politbüro auch mit der Frage, wie auf Proteste und Demonstrationen zu reagieren sei - hierzu liegt bereits intern ein 18 Artikel umfassender Gesetzentwurf vor (Wen Hui Bao, 5.6.88, nach SWB, 7.6.88). Auf der Sitzung hielt ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang eine Rede über die Errichtung einer "neuen Ordnung der sozialistischen Warenwirtschaft". Mit Ausnahme von 2 Politbüro-Mitgliedern nahm das Polit-

CHINA aktuell

büro geschlossen an der Sitzung teil. Außerdem war eine nicht genannte Anzahl von zentralen Führungskadern und von ProvinzparteiSekretären zugegen, so daß es sich eigentlich um eine erweiterte Sitzung des Politbüros handelte. Wahrscheinlich verzichtete die Parteispitze auf diese Bezeichnung, die in aller Regel auf außergewöhnliche Probleme hindeutet (Auf der letzten erweiterten Sitzung des Politbüros Anfang Januar 1987 war Hu Yaobang vom Amt des ZK-Generalsekretärs entbunden worden.), um die angespannte Situation nicht noch weiter anzuhetzen. Die 9. Sitzung des Politbüros des XIII. ZK war von Zhao Ziyang einberufen worden, und zwar wenige Tage nachdem sich am 17. Mai 1988 der Ständige Ausschuß des Politbüros auf einer erweiterten Sitzung mit den Problemen der Preisreform beschäftigt hatte. (RMRB, 2.6.88; Zhongguo Tongxunshu, 1.6.88, und Wen Hui Bao, Hongkong, 2.6.88, beide nach SWB, 3.6.88).

Die Teilnehmer der Politbüro-Sitzung kamen laut offizieller Berichterstattung zu der Ansicht, daß die Reform nun in ihre "entscheidende Phase" (guanjian jieduan) eingetreten sei. Gegenwärtig stehe man vor "sehr schwierigen, aber nicht vermeidbaren Problemen". Erfahrungen im In- und Ausland hätten gezeigt, daß die Probleme der Reform um so schwieriger zu lösen seien, je länger man sie vor sich hin schiebe. Obwohl die Reformen Risiken in sich bergen würden, müsse man auf dem Weg der Vertiefung der Reformen weiter voranschreiten, denn es gebe keinen anderen Ausweg. Zudem bestünden für die Reform "günstige historische Bedingungen", die unbedingt genutzt werden müßten. (RMRB, 2.6.88)

Das Politbüro betonte die Notwendigkeit einer "engen Verbindung" der Preis- und Lohnreform, um einerseits zu rationalen Preisen zu gelangen und andererseits den Lebensstandard der großen Mehrheit der Bevölkerung schrittweise zu verbessern. Damit ging das Politbüro explizit auf die große Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung über die jüngsten Preissteigerungen ein. Gleichzeitig machte die Parteispitze aber auch deutlich, daß "diese [beiden] Ziele", d.h. marktorientierte Preisreform und Erhöhung des Lebensstandards, "letzten Endes nur dann zu erreichen sind, wenn die wirtschaftliche Effizienz, vor allem die der Industrie, erhöht

wird". Zu diesem Zweck bedürfe es jedoch auch einer weiteren Reformierung der Betriebe, einer Verbesserung des Managements und einer weiteren technologischen Entwicklung. (Ebenda)

Darüber hinaus betonte das Politbüro die Notwendigkeit eines "stabilen gesellschaftlichen Umfelds", um eine günstige Entwicklung der Reformen und der Öffnung des Landes zu gewährleisten. Bezeichnenderweise appellierte die Parteiführung hier zunächst an die Partei- und Staatskader, redlich und rechtschaffen ihren öffentlichen Pflichten nachzukommen. Straftaten wie Unterschlagung, Bestechung, Machtmißbrauch für private Zwecke, Erpressung usw. müßten strafrechtlich verfolgt werden - ein deutlicher Hinweis auf die unter den Funktionären weit verbreitete Korruption, über die große Teile der Bevölkerung extrem erbost sind. (Ebenda)

Zusammenfassend forderte das Politbüro, "durch eine Vertiefung der Reformen des Wirtschaftssystems und des politischen Systems schrittweise eine neue Ordnung zu etablieren, die der sozialistischen Warenwirtschaft entspricht" (ebenda). Nach Auskunft des früheren Sekretärs von Zhao Ziyang, Bao Tong, der jetzt das ZK-Forschungsbüro für politische Reformen leitet, stellt die Zielvorgabe, "eine neue Ordnung der sozialistischen Warenwirtschaft zu etablieren", ein neues Konzept dar, das von Zhao Ziyang vorgeschlagen worden ist (Radio Shanghai, 26.6.88, nach SWB, 8.6.88). Dieses Konzept sieht offenbar eine Reform des gesamten gesellschaftlichen Überbaus vor (von Zhao Ziyang wurden "Gesetze, Bestimmungen, Systeme, gesellschaftliches Verhalten, Denken, Konzepte" genannt), da nach Ansicht der radikalen Reformkräfte der alte traditionell sozialistische Überbau nicht den Erfordernissen einer "sozialistischen Warenwirtschaft" entspricht.

Nach Informationen der Zeitschrift *Asiaweek* soll Zhao Ziyang in seiner Rede vor dem Politbüro einige Politiker kritisiert haben, die Reform zu verzögern (AW, 24.6.88). Hierfür hatte Zhao ganz offensichtlich die volle Rückendeckung von Deng Xiaoping, der bereits Mitte Mai "mehr Mut" von "einigen unserer Genossen" in der Frage der Preisreform gefordert hatte (siehe C.a., Mai 1988, Ü 12). In seiner Rede soll Zhao drei Alternativen aufgezeigt haben:

- 1) "Rückzug", was bedeuten würde, "die Reform auf halber Strecke abzubrechen".
- 2) "Umgehung [d.h. Aufschiebung] der Probleme", d.h. keine Preisreform, was bedeuten würde, "in einer Sackgasse zu enden".
- 3) Ohne Umschweife die Preisreform in Angriff nehmen, denn: "Je länger wir die Probleme vor uns hin schieben, desto schwieriger wird es sein, sie zu lösen." (AW, 24.6.88)

Offensichtlich konnte sich Zhao Ziyang mit seinen Vorstellungen durchsetzen. Allerdings soll die Preisreform mit einer Reform der Löhne verbunden werden - dies ist möglicherweise nicht nur eine Konzession an die konservativen Kräfte, sondern auch an die Bevölkerung, die nach einer letzten Umfrage zu rund 90% unzufrieden ist über die Preissteigerungen der letzten Wochen (ebenda). In diesem Zusammenhang ist vorgeschlagen worden, die Löhne an den Preisindex zu koppeln, d.h. die Löhne entsprechend den Preissteigerungen zu erhöhen. Dagegen gibt es jedoch erhebliche Bedenken von Seiten der Volksbank, die in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bereits für 4,25 Mrd. Yuan neue Banknoten ausgegeben hat, d.h. doppelt so viel wie die Wirtschaftswachstumsrate eigentlich zuließe (ebenda; Zhongguo Tongxunshu, 1.6.88, nach SWB, 3.6.88).

Über weitere Preisreformen und über die angekündigte "enge Verbindung" von Preis- und Lohnreformen, die zu starke Einkommenseinbußen verhindern soll, wurden in der offiziellen Berichterstattung der *Volkszeitung* über die 9. Sitzung des Politbüros keine konkreten Angaben gemacht. Zum Thema Preis- und Lohnreform forderte das Politbüro zunächst "umfangreiche Überlegungen und einen systematischen Plan" (ebenda). Dieser Plan soll von einer neu etablierten Preiskommission ausgearbeitet werden, die unter der Leitung von Planungschef Yao Yilin steht. Der Planentwurf soll danach dem Ständigen Ausschuß des Politbüros und der ZK-Führungsgruppe für Wirtschaft vorgelegt werden. Schließlich wird sich die alljährliche zentrale Arbeitskonferenz der KPCh-Führung im Seebad Beidaihe, die für Anfang August angesetzt ist, mit dem Plan für die Preis- und Lohnreform beschäftigen und ihn informell verabschieden (TKP, 7.7.88). Danach dürfte dann eine ZK-Plenartagung einberufen werden, um den Plan partei-offiziell abzusegnen. -sch-

*(9)

Deng Xiaoping rät vom Sozialismus ab und propagiert den Hongkong-Kapitalismus für Teile Chinas

Dem Staatspräsidenten von Mozambique, M. Joaquim Chissano, dürfte sein China-Besuch im Mai 1988 noch lange in Erinnerung bleiben: Gleich von zwei chinesischen Spitzenpolitikern des sich nach wie vor sozialistisch nennenden Festlands bekam er den Rat mit nach Hause, dort am besten nicht den Sozialismus zu praktizieren, sondern statt dessen mehr die Privatwirtschaft zu entwickeln.

Am 17. Mai erhielt er von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang den Rat: "Sie sollten nicht, wie China dies in der Vergangenheit gemacht hat, die staatseigene Wirtschaft entwickeln, sondern sie sollten sich mehr der Entwicklung der Privatwirtschaft widmen." (Zhongguo Tongxunshu, 5.6.88, nach SWB, 8.6.88; AW, 1.7.88, S. 18)

Mochte Chissano diese Äußerung anfangs vielleicht noch als persönliche Ansicht eines radikalen Reformers verstanden haben, so wurde er tags darauf von Chinas Oberboß, Deng Xiaoping, eines besseren belehrt, denn der blies exakt ins gleiche Horn: "In Anbetracht der chinesischen Erfahrungen rate ich Ihnen, nicht den Sozialismus zu praktizieren, zumindest keinen allumfassenden (longtong) Sozialismus. Wenn Sie nun aber auf dem Sozialismus bestehen, dann sollten sie ihn entsprechend der Besonderheiten ihres Landes praktizieren." (Ebenda; Le Monde, 18.6.88)

Gegenüber ausländischen Geschäftsleuten äußerte sich Deng Xiaoping am 3. Juni auch sehr positiv und zuversichtlich über den Hongkong-Kapitalismus: "Die 50 Jahre [während derer nach offizieller chinesischer Zusicherung das bestehende kapitalistische System von Hongkong beibehalten werden soll] sind doch nur ein symbolischer Ausdruck dafür, daß es in Wirklichkeit auch nach 50 Jahren nicht geändert werden wird." (RMRB, 4.6.88) Und noch einmal: "Wenn wir sagen, daß sich 50 Jahre lang nichts ändert, dann ändert sich auch nach 50 Jahren nichts. Zu einer Veränderung besteht keine Notwendigkeit. Das hier ist nicht ins Blaue hinein geredet." (Ebenda) Mit einem kapitalistischen Hongkong will es Deng aber nicht bewenden lassen: "Wir werden im Hinterland noch ein paar weitere Hongkongs errichten." (Ebenda)

Aus diesen in den chinesischen Massenmedien nur teilweise berichteten Äußerungen, die einen ähnlichen sensationellen Wert haben wie die von Hu Yaobang 1984 vorgenommene Entdogmatisierung des Marxismus-Leninismus (Grundtenor: 'Mit den Werken von Marx und Lenin können die heutigen Probleme Chinas nicht gelöst werden.'). geht eine grundsätzliche ideologisch-politische Neubewertung des modernen Kapitalismus hervor. Was diese positive Neubewertung des früher verteuftelten kapitalistischen Systems legitimieren soll und gegen wen sie sich richtet, hat der Herausgeber des reformorientierten *Neuen Beobachters*, Ge Yang, deutlich benannt: "Die Erfahrungen zeigen, daß die Wirtschaft umso besser funktioniert, je weniger es zentrale Planung und Staatseigentum gibt." Kurzum: "Macht den Käfig auf und laßt den Vogel frei fliegen." (AW, 1.7.88, S.18) Dies ist eine mehr oder weniger offene Kampfansage an die orthodoxen Marxisten-Leninisten um Chen Yun, nach dessen Theorie der Wirtschafts-Vogel in dem um einige Marktnischen erweiterten Käfig der sozialistischen zentralen Planwirtschaft eingesperrt bleiben muß. -sch-

*(10)

Zhao Ziyang leitet de facto die ZK-Militärkommission

Deng Xiaoping gab während einer Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Zbigniew Messner am 7. Juni 1988 bekannt, daß die Leitung der ZK-Militärkommission de facto bereits in den Händen von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang liege. Er selbst (Deng) befände sich schon mehr oder weniger im Ruhestand (AFP, 7.6.88).

Deng Xiaoping hatte sich auf dem XIII. Nationalen Parteitag der KPCh im Oktober 1987 aus allen formellen Parteiführungsgremien zurückgezogen und lediglich seine Wiederernennung als Vorsitzender der ZK-Militärkommission vollziehen lassen. Gleichzeitig war der von Deng protegierte Zhao Ziyang zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission ernannt worden.

Der Sprecher des Außenministeriums, Li Zhaoxin, stellte jedoch am 9. Juni 1988 klar, daß Deng Xiaoping nach wie vor der Vorsitzende der ZK-Militärkommission

sei (nach Radio Beijing, engl., 9.6.88). In dem diesbezüglichen Bericht von Radio Beijing wurden aber auch gleichzeitig die Ausführungen von Deng gegenüber Messner bestätigt, denen zufolge Zhao Ziyang bereits die Arbeit der ZK-Militärkommission leitet.

Die Äußerungen Deng Xiaopings sind ein weiteres Indiz dafür, daß die Position von Zhao Ziyang wesentlich stärker ist als die seines Vorgängers Hu Yaobang. -sch-

*(11)

Hu Yaobang kalligraphiert und liest Bücher

Die *Shanghai Tageszeitung Befreiung* (Jiefang Ribao) veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 23. Februar 1988 einen Artikel über das Privatleben des im Januar 1987 gestürzten ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang und seiner Frau Li Zhao. Daraus geht hervor, daß Hu Yaobang in seiner "Freizeit" kalligraphiert, Bücher liest und sehr viele Spaziergänge unternimmt (zwischen 7.000 und 10.000 Schritt pro Tag). Heute lese der 73jährige Hu, der immerhin noch dem Politbüro angehört, die Erinnerungen der alten Marschälle, nachdem er zuvor Studien zu den Werken von Marx und Lenin unternommen habe (nach: BRu, 28.6.88, S. 29).

Diese Studien hatten Hu bereits Ende 1984 zu der Erkenntnis gelangen lassen, daß die heutigen Probleme Chinas nicht mit den Werken von Marx und Lenin zu lösen seien (siehe C.a., Dezember 1984, S.722-725). Mit der Entdogmatisierung des Marxismus hatte Hu Yaobang auf dem theoretisch-ideologischen Sektor die Grundlagen gelegt für jene kontroversen Diskussionen über politische Systemreformen im Jahre 1986, die schließlich zu seinem eigenen Sturz führten.

Da in dem Artikel über Hu Yaobang jeder Hinweis auf seine politische Tätigkeit fehlt, ist er wahrscheinlich als Botschaft an die Bevölkerung zu verstehen, daß Hu Yaobang gegenwärtig im wesentlichen ein Pensionärsdasein führt. Allerdings nimmt er regelmäßig an den Sitzungen des Politbüros teil, ohne daß er in den Medien namentlich genannt wird.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte der *Far Eastern Economic Review* eine Notiz, daß Deng Xiaoping seinem früheren Schütz-

ling die Wiederaufnahme der aktiven politischen Arbeit vorgeschlagen habe. Hu habe jedoch zur Bedingung gemacht, daß seine Vorstellungen zur politischen Reform verwirklicht werden müßten und daß ihm ein "realer" Posten gegeben werde (Hu ist gegenwärtig lediglich Mitglied des Politbüros ohne besondere Aufgaben.). "Wenn Sie nicht zustimmen", so Hu angeblich zu Deng, "werde ich einfach wieder nach Hause gehen und Bücher lesen" (FEER, 30.6.88) - genau das scheint Hu Yaobang gegenwärtig zu tun. -sch-

*** (12)**
Fast 48 Millionen KPCh-Mitglieder

Angaben der ZK-Organisationsabteilung der KPCh zufolge beträgt die Zahl der KPCh-Mitglieder gegenwärtig 47.750.000. Die KPCh-Mitgliedszahlen werden seit einigen Jahren regelmäßig vor dem offiziellen Parteigründungstag am 1. Juli bekanntgegeben. Im letzten Jahr (Juni 1987 - Juni 1988) stellten rund 8 Mio. Personen den Antrag auf Parteimitgliedschaft, doch lediglich 2,02 Mio. wurden aufgenommen (XNA, 20.6.88).

Seit 1979, d.h. seit dem Beginn der Ära Deng Xiaoping (3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978), wurden 12.850.000 Personen in die KPCh aufgenommen (XNA, 23.6.88). Sie machen mittlerweile rund 27% aller KPCh-Mitglieder aus. Von Ende 1978 bis zum XIII. Parteitag im Oktober 1987 wurden 4,18 Mio. KPCh-Mitglieder rehabilitiert, die nach Ansicht der heutigen Parteiführung während der Mao-Ära zu Unrecht politisch verurteilt worden waren (XNA, 2.7.88).

In den letzten 5 Jahren wurden 656.000 Parteimitglieder mit Disziplinarstrafen belegt, und 153.000 Personen wurden aus der Partei ausgeschlossen (XNA, 20.6.88). -sch-

*** (13)**
Fast 3 Millionen Kader pensioniert

Seit dem Beschluß der Parteiführung im Jahre 1982, das System des Funktionärs auf Lebenszeit abzuschaffen und eine Pensionsgrenze für Kader einzuführen, sind insgesamt über 2,87 Mio. Funktionäre pensioniert worden. Dies gab der Direktor der ZK-Organisationsabteilung, Song Ping, auf einer nationalen Konferenz über die Personalpolitik der Partei Ende Juni 1988 bekannt (XNA, 27.6.88). -sch-

*** (14)**
Hepatitis-A-Epidemie vorüber

Die Hepatitis-A-Epidemie, die im Januar in Shanghai ausgebrochen war, ist vorüber: Nach offiziellen Angaben ist die Zahl der an Hepatitis neu erkrankten Personen auf das "normale Niveau" von 90 Erkrankten pro Tag zurückgegangen. Vom 19. Januar bis 26. Mai hatten die Shanghaier Gesundheitsbehörden insgesamt 311.938 Hepatitis-A-Erkrankungen registriert. 30 Personen starben an der Krankheit, die anfangs durch den Verzehr von mit dem Hepatitis-A-Virus kontaminierten Muscheln ausgebrochen war. In der Nachbarprovinz Jiangsu, die ebenfalls von der Epidemie betroffen worden war, erkrankten insgesamt 70.453 Personen an Hepatitis A. (XNA, 10.6.88) -sch-

Kultur

*** (15)**
Erneut Studentenprotest in Beijing

Nach den Studentenunruhen im Winter 1986/87 kam es im Juni 1988 in Beijing erneut zu Protestkundgebungen. Als sich die Nachricht verbreitete, daß ein Student am Abend des 2. Juni bei einer Schlägerei zwischen Studenten und einer Gruppe von jungen Leuten getötet worden war - in den vergangenen Monaten hatten sich bereits zwei ähnliche Fälle ereignet -, zogen noch in der Nacht etwa tausend Studenten zum Ministerium für Öffentliche Sicherheit und forderten die harte Bestrafung der Täter sowie besseren Schutz für die Universitäten (Le Monde, 4.6.88).

Innerhalb von vierzig Stunden gelang es der Polizei, die sechs des Totschlags verdächtigen Personen, darunter eine Frau, festzunehmen. Die Anklage lautet auf vorsätzliche Tötung und Rowdytum (RMRB, 7.6.88). Dieser rasche Fahndungserfolg trug nicht zur Beruhigung der aufgebracht Studenten bei. Ihr Protest, der sich zunächst gegen die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen auf dem Universitätsgelände gerichtet hatte, wuchs sich bald zu scharfer Kritik an der politischen Führung aus. Studenten bezichtigten sie auf zum Teil anonymen Wandzeitungen der Korruption, riefen gar zum "Sturz der Regie-

rung auf" (nach XNA, 9.6.88). Andere Wandzeitungen prangerten die unbefriedigenden Lebens- und Studienbedingungen an und forderten mehr individuelle Freiheiten. Es wurden aber auch zur Besonnenheit mahnende Stimmen laut. Auf einer Wandzeitung hieß es: "Wir alle wissen, daß (Deng) Xiaoping und (Zhao) Ziyang genau wie wir Befürworter der Reform sind" (nach ebd.). Eine Gruppe, die sich als Aktionskomitee bezeichnet und auf Wandzeitungen und Flugblättern zu Protestkundgebungen aufgerufen hatte, erklärte am 8. Juni ihre Auflösung (FT, 8.6.88; XNA, 9.6.88).

Am Nachmittag desselben Tages sollte auf dem Tiananmen-Platz eine Trauerkundgebung für den getöteten Studenten stattfinden, die von den Behörden jedoch nicht genehmigt worden war. Die Beijinger *Volkszeitung* warnte die Studenten davor, aus einem Mordfall ein Politikum zu machen, rief zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung auf und erinnerte an einen - nach den letzten Studentenunruhen im Winter 1986/87 verhängten - Erlaß der Regierung, daß nicht genehmigte Demonstrationen mit harten Strafen zu ahnden seien (RMRB, 8.6.88). Außerdem ließen die Behörden die regierungskritischen Wandzeitungen auf dem Universitätsgelände mit Anschlägen überkleben, auf denen sie die Studenten vor einer Teilnahme an der Kundgebung warnten. Ein großes Polizeiaufgebot hatte den Tiananmen-Platz am Mittag des 8. Juni abgeriegelt. Dennoch veranstalteten etwa zwanzig Studenten ein Sit-in am Rande des Platzes, versammelten sich immer wieder Zuhörergruppen um Redner, die eine Ausweitung der demokratischen Rechte und die Gründung von nicht-offiziellen Zeitungen verlangten. Die Polizei zerstreute diese Ansammlungen, nahm aber keine Verhaftungen vor (FT, 9.6.88).

Der Vorlesungsbetrieb lief in diesen Tagen ungestört weiter. Auf dem Universitätsgelände erschienen zwar weiterhin Wandzeitungen, die zu Protestaktionen aufriefen, aber auch solche, die dagegen argumentierten (XNA, 10.6.88). Offenbar hat sich die Lage vorerst wieder beruhigt. Die jüngsten Ereignisse haben aber gezeigt, wie groß die Unzufriedenheit der Studenten über die Ergebnisse der Reformpolitik und die Vernachlässigung des Bildungswesen ist.